

**SOVD-RESOLUTION**

**Wohnen, Armut & Co.:  
Maßnahmen zur Rettung  
des Sozialstaats**



# Inhalt

## 4 Mehr Priorität für soziale Gerechtigkeit

### Unsere Themen

#### 6 Gerechte Jobs für alle

#### 10 Armut und Einsamkeit bekämpfen

#### 16 Wohnen ist kein Luxus

#### 20 Mehr Vielfalt und Inklusion

#### 24 Pflege gehört in den Mittelpunkt

#### 28 Klimaschutz muss sozial gerecht sein

#### 34 Eine bessere Verwaltung für alle

## 36 Jetzt politisch anpacken



Die Kluft zwischen Arm und Reich hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Das muss sich ändern.

Seite 10



Es ist Zeit, zu handeln: Wir als größter Sozialverband in Niedersachsen können wirklich etwas zu bewegen.

Seite 36

## SOZIALSYSTEME DÜRFEN NICHT ZUSAMMENBRECHEN

# Mehr Priorität für soziale Gerechtigkeit

Das Sozialstaatsgebot gehört zum Kernbestand unserer gesellschaftlichen Ordnung. Der Sozialstaat soll neben der Existenzsicherung für sozialen Ausgleich sorgen, die Humanisierung der Arbeitswelt und eine sozialverträgliche Umweltpolitik anstreben und Teilhabe und Zusammenhalt in der Demokratie stärken.

Aber die Regelungen sind sehr komplex und das System steht vor großen Herausforderungen. Vor allem wird die Finanzierung der Bedeutung nicht gerecht, da der Sozialpolitik oft nicht die nötige Priorität eingeräumt wird. Entsprechend fragil und ausgeblutet sind viele Bereiche und mehrere Teilsysteme wie das Rentensystem, die Pflegeversicherung oder das Gesundheitssystem stehen kurz vor dem Zusammenbruch.

### Reformen sind dringend notwendig

Unsere Gesellschaft wurde in den vergangenen Jahren mit den Auswirkungen vieler dicht aufeinander folgenden Krisen wie Krieg, Pandemie, Finanzkrisen und Naturkatastrophen konfrontiert. Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche führt nicht nur im Bereich des Arbeitsmarktes zu grundlegenden Veränderungen. Hinzu kommen die zunehmende Diversität und Individualisierung unserer Gesellschaft. Individuellere Formen des Zusam-

menlebens, eine gesteigerte Erwerbsquote von Frauen und der Wunsch nach einer gerechteren Verteilung und Entlohnung von Sorge- und Erwerbsarbeit im Kontext von Familie, Freizeit und Beruf erfordern eine flexiblere Gestaltung des Sozialstaates, um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Und auch der demografische Wandel macht bereits jetzt dringende Reformen notwendig.

### Viele müssen um ihr Recht kämpfen

Wir wissen aus unserer täglichen Beratungspraxis, dass viele Menschen angesichts der aktuellen Situation überfordert und verunsichert sind. Die Existenzängste unserer Mitglieder haben zugenommen. So schlimm war es schon lange nicht mehr. Viele wissen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen oder ob das Geld noch für die Miete reicht. Auch die Auseinandersetzungen mit Leistungsträgern und Behörden nehmen zu. Gerade für diejenigen, die den Sozialstaat am dringendsten benötigen, weil sie wenig Geld haben, krank oder pflegebedürftig sind oder eine Behinderung haben, ist der Zugang zu ihren sozialen Rechten am schwersten. Das liegt nicht nur an fehlender Information und Beratung der zuständigen Leistungsträger, an den komplexen Regelungen im Leistungsrecht und den unübersichtlichen Antragsformularen und

der fehlenden Reichweite der Leistungen, sondern auch an der dauerhaften Unterfinanzierung der Sozialleistungssysteme.

### Schwächen treten deutlich zutage

Während der Pandemie und der sich anschließenden Energiekrise hat sich die verteilungspolitische Schieflage verstärkt. Minijobber\*innen, Beschäftigte in Leiharbeit oder mit Niedriglohn, Solo-Selbstständige, Transferleistungsbezieher\*innen und Rentner\*innen mit niedrigen Renten gehören trotz der schnell aufgelegten Hilfsprogramme wie der Energiepreispause zu den Verlierer\*innen. In unserer Beratung zeigt sich, wie sozial ungerecht und ausgrenzend das System reagiert. Wie unter einem Brennglas werden hier die Schwächen unseres Sozialstaates deutlich.

### Sozialstaat muss gestärkt werden

Die neuen Herausforderungen verändern die Anforderungen an unseren Sozialstaat. Die Aufgabe, den Sozialstaat solidarisch zu

gestalten, stellt sich daher immer wieder aufs Neue – und jetzt mit zunehmender Dringlichkeit. Denn der Sozialstaat muss ein unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen und humanen Gesellschaft bleiben, um soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu garantieren. Wir benötigen eine Stärkung des Sozialstaates und keine Schwächung. Der Sozialstaat darf nicht immer nur reagieren, er muss auch präventiv handeln.

**Wir benötigen dringend Maßnahmen, die die Lebensbedingungen der Menschen verbessern und ihnen auch unter den neuen Herausforderungen gesicherte Zukunftsperspektiven eröffnen.**

Damit das gelingt, müssen alle zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen zusammenarbeiten.

## UNSERE MAßNAHMEN

# Gerechte Jobs für alle



Unsere Arbeitswelt hat sich – auch gerade durch fortschreitende Digitalisierung und neue Technologien – in den vergangenen Jahren sehr verändert.

Dies trifft auf eine demografische Entwicklung, die das Potenzial an Arbeitskräften dauerhaft schrumpfen lässt. Viele Berufe werden sich grundlegend wandeln und neu entstehen, denn die Digitalisierung verändert nicht nur die industrielle Produktion, sondern auch zentrale Leistungen und Prozesse im Dienstleistungssektor. Dabei ist die ökonomische Ungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten angestiegen.

Viele Jobs in der Dienstleistungsbranche, aber auch im Bereich der digitalen Geschäftsmodelle, sind prekär. Werkverträge und Scheinselbständigkeit sind häufig Teil der neuen Arbeitswelt. In Niedersachsen ist der Anteil an Geringverdiener\*innen an allen Vollzeitbeschäftigten höher als im Bundesdurchschnitt. Fast jede\*r Fünfte erhält Löhne aus dem unteren Entgeltbereich, verdient also bei 40 Wochenarbeitsstunden weniger als 2.284 Euro brutto im Monat.

Besonders betroffen sind Frauen, Personen ohne Bildungs- oder Berufsabschluss, Menschen mit Behinderung und Migrant\*innen. Erwerbsarbeit muss so ausgestaltet sein, dass sie zur Sicherung des Lebensunterhalts reicht, ohne dass ergänzende staatliche Leistungen in Anspruch genommen werden müssen. Für 30 Prozent der Erwerbstätigen ist das aber traurige Realität. Sie müssen ergänzend

Sozialleistungen oder Wohngeld beantragen, weil sie sonst nicht wissen wie sie ihr Leben finanzieren können. Damit wird der Niedriglohnsektor aus Steuergeldern staatlich subventioniert und die Arbeitgeber\*innen aus der Verantwortung entlassen. Zugleich werden die Gewinne privatisiert, während die Allgemeinheit unzumutbare Härten langfristig abfedern muss.

## Arbeit darf nicht arm machen

Wir benötigen endlich Löhne, die existenzsichernd ausgestaltet sind und damit auch im Alter vor Armut schützen. Selbst ein Mindestlohn von 12 Euro ist nicht ausreichend, um nach 45 Jahren in Vollzeitätigkeit eine Rente zu erhalten, die oberhalb der Grundsicherung liegt. Armut trotz Arbeit ist nicht hinnehmbar.

## Potenziale von Frauen besser nutzen

Das klassische, männlich dominierte Alleinverdienermodell hat schon aufgrund der finanziellen Belastungen in der modernen Gesellschaft für Viele ausgedient. Aber auch der wachsende Wunsch nach mehr Selbstbestimmung, durch neue Rollenauffassungen und individuellere Formen des Zusammenlebens, verändert unsere Arbeitswelt. Der Arbeitskräftemangel – ausgelöst durch den demografischen Wandel – beschleunigt dies.

Das Potenzial von Frauen für den Arbeitsmarkt wird jedoch nicht umfassend genutzt und der Berufstätigkeit von Frauen stehen noch immer einige Hürden entgegen. Die Verpflichtungen der Sorgearbeit für andere rauben vielen Frauen ein



hohes Maß an Zeit und Energie, die dann nicht mehr für die eigene Erwerbsarbeit zur Verfügung steht. Entsprechend oft arbeiten sie in Teilzeit oder in Minijobs, was sich wiederum ungünstig auf die Einkommenssituation, ihre ökonomische Selbständigkeit und Altersvorsorge auswirkt. Strukturelle Benachteiligungen verhindern eine effektive Gleichstellung der Geschlechter und haben gravierende Auswirkungen auf die Höhe der Gehälter und Renten. Aktuelle Zahlen zeigen, dass sich die Situation in den letzten Jahren nicht verbessert hat.

Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen („Gender Pay Gap“) lag 2022 in Niedersachsen bei 18 Prozent, die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen („Gender Pension Gap“) 2021 bundesweit bei 29,9 Prozent.

### Für mehr weibliche Selbstbestimmung

Um die Situation zu verbessern, müssen flächendeckend Angebote für verlässliche

Kinderbetreuung ausgebaut werden und auch endlich den Stellenwert bekommen, den sie für ein Funktionieren der modernen Arbeitswelt de facto haben. Darüber hinaus muss auch über eine stärkere Professionalisierung in der Pflege, eine fairere Verteilung der Sorgearbeit, zukunftsfähige Arbeitszeitmodelle und steuerliche Reformen (Stichwort Ehegattensplitting) nachgedacht werden, um Freiräume für weibliche Selbstbestimmung – am Arbeitsmarkt und darüber hinaus – zu schaffen.

### Sondersysteme auflösen

Trotz des sich immer deutlicher abzeichnenden Fachkräftemangels wird auch Menschen mit Behinderung der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt weiterhin erschwert. Ihr Potenzial wird viel zu selten gesehen; es dominiert die defizitorientierte Perspektive, anstatt anzuerkennen, dass viele Menschen mit Behinderung gut qualifiziert sind und eigenständig vollwertige Arbeitsleistung erbringen können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Um Hürden abzubauen, sind daher Unter-

stützungsangebote wie Arbeitsassistenzeleistungen, das Budget für Arbeit oder das Budget für Ausbildung unbürokratisch, langfristig und bedarfsdeckend auszugestalten.

Zudem ist verpflichtend zu prüfen, ob Menschen mit Behinderung mit den entsprechend ausgeweiteten begleitenden Förderungen und Unterstützungsangeboten in Inklusionsunternehmen, -betrieben, -abteilungen und -projekten oder anderen Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes beschäftigt werden können, damit die Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) nicht die einzige Option darstel-

len. Perspektivisch gehören ausgrenzende Sondersysteme wie die WfbM aufgelöst.

**Vor dem Hintergrund des raschen gesellschaftlichen und technischen Wandels sind grundlegende Reformen dringend notwendig, um allen Bürger\*innen eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu einer guten und existenzsichernden Bezahlung zu garantieren.**

### Diese Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden:

- Begrenzung prekärer Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit, Befristungen und Minijobs) und Schaffung guter struktureller Rahmenbedingungen für existenzsichernde Löhne durch mehr Tarifbindung
- Individuelle Unterstützung von Menschen mit Behinderung, älteren Arbeitnehmer\*innen, Migrant\*innen und Geringqualifizierten, um Fachkräftemangel und Geringverdienst parallel entgegenzuwirken
- Weiterbildung, Qualifizierung und die Bereitschaft und Fähigkeit zum lebensbegleitenden Lernen in den Mittelpunkt der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
- rücken: Bildungszeit und Bildungsgeld für alle
- Flexible Arbeitszeitmodelle sowie flächendeckende und kostenfreie Verfügbarkeit von Kinderbetreuung und Ganztagschulen, um die partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit und damit Frauen eine eigene Existenzsicherung zu ermöglichen
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen von Menschen mit Behinderung dauerhaft fördern und sichern



JETZT HANDELN

# Armut und Einsamkeit bekämpfen



In Niedersachsen sind über 17 Prozent der Bürger\*innen von Armut bedroht. In bestimmten Bevölkerungsgruppen, vor allem unter Erwerbslosen und Alleinerziehenden, sind die Anteile noch deutlich höher (68 bzw. 47 Prozent).

Besonders erschreckend ist die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen. Unter den Minderjährigen ist ein Fünftel (22,3 Prozent) und unter den jungen Erwachsenen bis unter 25 Jahren ein Viertel (24,8 Prozent) betroffen. Dies ist ein skandalöser Zustand, der jedoch viel zu oft mit einem desinteressierten Achselzucken hingenommen wird.

### Kinder werden ausgegrenzt

Durch ein Aufwachsen in Armut werden Kinder und Jugendliche systematisch bei Bildung und insgesamt bei der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt. Denn die Zahlen zeigen auch, dass sich die Armut zunehmend verfestigt. Kinder und Jugendliche befinden sich nicht nur über einen kurzen Zeitraum in dieser prekären Situation, sondern meistens über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren. Das ist hochproblematisch, denn diese andauernde Phase prägt sie für ihr ganzes Leben. Zugleich sind vor allem Kinder grundsätzlich nicht in der Lage, selbst an ihrer finanziellen Situation etwas zu ändern, da sie von Erwachsenen abhängig sind. Ihnen ein Leben in Armut aufzuerlegen, ist hoch-

gradig ungerecht und es ist daher mehr als überfällig, die Bedarfe von Kindern mit einer eigenen Kindergrundsicherung zielgenauer abzudecken. Der Fürsorgepflicht des Staates auch für seine jüngsten Bürger\*innen muss viel mehr Beachtung geschenkt werden.

### Altersarmut ist weiblich

Auch ältere Menschen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen: Die Zahl der Beziehenden von Leistungen der Grundsicherung im Alter, die die Regelaltersgrenze zum Renteneintritt erreicht hatten, steigt seit 2020 kontinuierlich an. Damit verharrt der Anteil derjenigen, die nicht von ihrer Rente leben können, auf hohem Niveau. Dies betrifft vor allem Frauen.

### Armut als Gesundheitsrisiko

Insgesamt bedeutet ein Leben in Armut nicht nur materielle Entbehrungen, sondern es ist auch von Ängsten, sozialer Isolation, schlechteren Bildungschancen, höheren Gesundheitsbelastungen und einer geringeren Lebenserwartung geprägt. Es sollte somit im Interesse aller sein, den Anteil der Menschen in Armut in Deutschland zu verringern. Dies ist auch zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, denn Menschen mit geringem Einkommen fühlen sich besonders häufig von der Gesellschaft ausgeschlossen und haben ein hohes Risiko, an Einsamkeit zu leiden. Die Corona-Pandemie hat das noch



einmal deutlich verschärft. Betroffen sind dabei nicht nur Ältere, Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderung, sondern immer öfter auch Jugendliche und sogar Kinder. Beziehende von Bürgergeld haben kaum Chancen auf gesellschaftlich-kulturelle Teilhabe, da in den Regelsätzen dafür rechnerisch keine Anteile vorgesehen sind. Das bedeutet systemische Ausgrenzung, die nicht selten zu Isolation und Einsamkeit führt.

### Einsamkeit muss bekämpft werden

Wer sich dauerhaft einsam fühlt, hat oft mit psychischen und körperlichen Erkrankungen zu kämpfen. Die Folge: Betroffene ziehen sich immer mehr zurück, nehmen nicht mehr am sozialen Leben teil und sind in ihrer Situation immer mehr gefangen. Deshalb gilt es, Einsamkeit rechtzeitig zu bekämpfen und die Ursachen zu beseitigen – und das so schnell wie möglich. Die Verringerung von Armut würde auch an dieser Stelle eine starke Wirkung entfalten.

## Die Kluft zwischen Arm und Reich hat in allen Bevölkerungsgruppen in den vergangenen Jahren massiv zugenommen.

Deutschland zählt inzwischen zu den Industrienationen mit der größten Vermögensungleichheit. Dies liegt vor allem an den großen Zuwächsen an Reichtum bei einem privilegierten Teil, der, gemessen an den Möglichkeiten, viel zu wenig beizutragen hat für ein funktionierendes Gemeinwesen. Bei der Besteuerung von Arbeit und Kapital besteht ein großes Ungleichgewicht, das die schwächeren Mitglieder unverhältnismäßig stark belastet.

### Vermögen gerechter verteilen

Wenn Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt sind, dass große Bevölkerungsgruppen von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und Aufstiegschancen ausgeschlossen werden, dann führt das zu einer enormen Verunsicherung

und Zukunftsangst. Die steigende Kluft birgt die Gefahr, dass die Bevölkerung das Vertrauen in die Demokratie verliert. Die wachsende Unterstützung im Bereich der Querdenkerszene und die Verbreitung rechtspopulistischer Strömungen zeigen das Risiko für die Demokratie.

Hier müssen Politik, Medien, Behörden und die Gesellschaft etwas tun. Maßnahmen für mehr soziale Gleichheit, Verantwortungsbewusstsein und Solidarität sind zum Erhalt des sozialen Friedens und der Demokratie unerlässlich. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen nicht so hart getroffen werden von Krisen – oder Angst haben müssen, hart getroffen zu werden.

### Benachteiligte Menschen werden weiter isoliert

Das kann auch dadurch gelingen, dass der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen erleichtert und das Angebot wieder ausgebaut wird. Öffentliche Dienstleistungen wie beispielsweise das Gesundheits- und Bildungswesen, die öffentliche Fürsorge, der öffentliche Nahverkehr und die Internetversorgung sind wesentlich, um ein hohes Maß an sozialem Schutz, sozialem Zusammenhalt und sozialer Eingliederung zu erreichen.

Dabei sind die Möglichkeiten der einzelnen Städte, Gemeinden und Landkreise

je nach Besiedlungsdichte, Finanzen und wirtschaftlicher sowie infrastruktureller Voraussetzungen sehr unterschiedlich.

Die Qualität und der Zugang zu diesen Dienstleistungen kann daher für die Bürger\*innen je nach Wohnort und nach Einkommenssituation individuell sehr unterschiedlich ausgestaltet sein.

Somit besteht das Risiko, dass bereits benachteiligte Gruppen weiter isoliert werden. Die kommunale Daseinsvorsorge muss folglich intensiviert werden. Damit Länder und Kommunen ihre Aufgaben zur Daseinsvorsorge erfüllen können, sind die Einnahmen der öffentlichen Haushalte zu stärken. Dazu ist eine andere Steuerpolitik erforderlich, die große Einkommen und Vermögen zur Finanzierung heranzieht.

### Nur der kostenlose, flächendeckende und barrierefreie Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen sichert die Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben für alle.

### Diese Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden:

- Abbau sozialer Chancengleichheiten im Bildungssystem
- Flexible, unbürokratische und kostenfreie Angebote in den Bereichen Sport, Musik und Kultur für armutsgefährdete Kinder und Jugendliche
- Unverzögliche Einführung der Kindergrundsicherung
- Sofortige Erhöhung der Regelsätze um mindestens 100 Euro monatlich
- Anhebung des Rentenniveaus, um Altersarmut zu verhindern
- Bessere Absicherung im Krankheitsfall (z. B. durch eine längere Bezugsdauer des Krankengeldes)
- Stärkung der schulischen und außerschulischen politischen und demokratischen Bildung
- Gestaltung des Wandels gemeinsam mit den Bürger\*innen durch Teilnehmungsformate für die Menschen vor Ort
- Verordnung sozialer Angebote als
- „Geselligkeit auf Rezept“ durch Hausärzt\*innen, um wieder Kontakte zu knüpfen
- Verbesserte Finanzausstattung der Länder und Kommunen zur Stärkung der Daseinsvorsorge
- Höhere Besteuerung der in Deutschland erwirtschafteten Unternehmensgewinne auch ausländischer Unternehmen, die Wiederbelebung der Vermögenssteuer, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Besteuerung großer Erbschaften und die gerechtere Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und den Kommunen
- Kostenlose öffentliche Bereitstellung von grundlegenden Dienstleistungen im Bereich der Bildung, der Gesundheitsfürsorge, des öffentlichen Nahverkehrs und der Internetversorgung
- Ausgestaltung der Altenhilfe als Pflichtaufgabe der Kommunen
- Stärkung der Jugendhilfe durch den Ausbau personeller und finanzieller Ressourcen





FÜR BEZAHLBARE MIETEN

# Wohnen ist kein Luxus



Der Wohnungsmarkt ist ein Spiegel massiver sozialer Ungleichheit. Die Versorgung mit bezahlbarem, angemessenem und barrierefreiem Wohnraum ist nicht mehr gewährleistet.

Die Mietpreisentwicklung der vergangenen Jahre hat die soziale Spaltung weiter vertieft. Fast ein Drittel ihres Einkommens zahlen Mieter\*innen in Deutschland durchschnittlich jeden Monat für Miete und Nebenkosten.

## Miete ist oft Armutsrisiko

Angeht der aktuell weiter steigenden Mieten, Zinsen für Kredite und Energiepreise stehen viele Menschen vor existenziellen Problemen. Für Betroffene mit mittleren und geringen Einkommen sind die Mieten inzwischen zu einem Armutsrisiko geworden. Wohnungslosigkeit

# 1/3

ihres Einkommens zahlen Mieter\*innen

in Deutschland, jeden Monat

wird für immer mehr Menschen traurige Realität. Wir werden jeden Tag in unserer Sozialberatung mit den Auswirkungen der wohnungspolitischen Misere konfrontiert. Viele unserer Mitglieder können die steigenden Mieten und horrenden Nebenkosten nicht mehr finanzieren und sind verzweifelt.

Besonders betroffen sind Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende,

Geringverdiener\*innen, Sozialleistungsbezieher\*innen und Rentner\*innen mit niedrigen Renten, aber auch Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte. Mietzuschüsse in Form von Wohngeld bzw. Lastenzuschuss haben den Vorteil, Betroffene zielgerichtet zu unterstützen, lösen aber nicht das eigentliche wohnungspolitische Problem. Wir benötigen eine entschlossene Wohnungspolitik, die echte Veränderungen bringt. Die Zahl der Sozialwohnungen in Niedersachsen ist auf rund 75.000 gesunken. Sie wird in den nächsten fünf Jahren weiter sinken, weil immer mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung fallen und dem sozialen Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen.

## Politik muss mehr tun

Um die Versäumnisse der vergangenen Jahre zu korrigieren, sind auf Landesebene erhebliche Anstrengungen erforderlich. Die Gründung einer Landeswohnungsbau-gesellschaft ist sinnvoll, wird aber nicht reichen, um die benötigten Sozialwohnungen umzusetzen.

Das Land sollte insgesamt eine solidarische und gemeinnützige Wohnungswirtschaft fördern. Dazu gehört auch der Ausbau des gemeinwohlorientierten Segments (z. B. durch Genossenschaften) und die Rekommunalisierung im Wohnungssektor. Grundsätzlich sind auch staatliche Maßnahmen im Rahmen einer sozialen Bodenpolitik, die den Wert, die Nutzung und die Verteilung des Bodens beeinflussen, entschieden zu überdenken und als Instrument viel stärker zu aktivieren, vor allem auf kommunaler Ebene.

Denn diese kann den Grundstein für eine gezielte Steuerung und damit für mehr Gemeinwohl im Wohnungssektor legen.

Die Versorgung mit angemessenem, barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum muss endlich als staatliche Daseinsvorsorge begriffen und verstärkt vorangetrieben werden. Denn Wohnen ist kein Privileg. Wohnen ist als Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard ein Men-

schenrecht und dieser Wohnraum muss allen Bürger\*innen zur Verfügung stehen. Der entsprechende Auftrag des Landes, der auch in Artikel 6a der niedersächsischen Verfassung verankert ist, muss wieder handlungsleitend werden.

### Diese Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden:

- Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und Verlängerung der Sozialbindung: Fehlbelegungen müssen vermieden werden
- Versorgung mit energiesparendem, barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum
- Mietpreise bei hohen Mietbelastungen wirksam einschränken, z. B. durch eine progressive Mietsteuer, die Mieten bis zu 110 Prozent der Vergleichsmiete abgabefrei stellt, dafür aber übersteigende Mieten progressiv belastet. Die Einnahmen könnten wiederum etwa für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden.
- Strategie des „Housing-First“ (Vermittlung einer Wohnung mit eigenem Mietvertrag) umsetzen – flankiert von zusätzlichen aufsuchenden Betreuungsangeboten, um Obdach- und Wohnungslosigkeit und die Unterbringung in Notunterkünften zu vermeiden
- Zügige Umsetzung der Landeswohnungsbaugesellschaft, um wohnungspolitischen Handlungsspielraum und mehr Wohnungen im öffentlichen Eigentum zu gewinnen
- Übernahme der Wohn- und Energiekosten bei Bedürftigkeit
- Rekommunalisierung von Wohnraum, auch um die Anschlussunterbringung von Betroffenen aus Frauenhäusern, Geflüchtetenunterkünften, stationär-psychiatrischen Einrichtung, Gefängnissen usw. besser sicherstellen zu können
- Die Anforderungen für Barrierefreiheit und die dringende Schaffung von neuem Wohnraum dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden
- Verantwortungsvolle, aktive und gemeinwohlorientierte Bodenpolitik umsetzen



## MEHR VIELFALT UND INKLUSION

# Für eine gleichberechtigte Gesellschaft



# 34,8%

**Frauenanteil  
im deutschen Bundestag**

2021

Unsere Gesellschaft ist heutzutage von großer Vielfalt geprägt. Wir begegnen alten und jungen Menschen. Wir begegnen Menschen mit und ohne Behinderung. Wir begegnen Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben, religiösen Hintergründen und aus verschiedenen Kulturen. Wir begegnen Frauen und Männern.

Verschiedene Bereiche unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens orientieren sich jedoch teilweise noch an einem alten Bild unserer Gesellschaft, welches von nicht behinderten, weißen Männern im mittleren Alter dominiert wird.

### Frauen stärker fördern

Eine gleichberechtigte Gesellschaft beginnt jedoch bei der entsprechenden Repräsentanz ihrer gewählten Vertreter\*innen. Denn obwohl Frauen in Deutschland mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, sind sie nicht entsprechend ihres Anteils in Parlamenten, Gremien, Beiräten, in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vertreten. Ihre Perspektiven, Belange und Lebenswelten sind somit stets zu wenig in allen gesellschaftlichen Institu-

tionen repräsentiert. Aktuell beläuft sich der Frauenanteil im niedersächsischen Landtag auf 35,62 Prozent, im deutschen Bundestag lediglich auf 34,8 Prozent. Für eine tatsächliche Gleichberechtigung braucht es ein verfassungskonformes Paritätsgesetz sowie Mentoringprogramme oder weitere Initiativen, die speziell Frauen stärken und fördern.

### Bereits seit 2009 ist die UN-Behinder- tenrechtskonvention (UN-BRK) geltendes Recht in Deutschland.

Sie verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, alle staatlichen Leistungssysteme, den Sozialraum und die Lebensbedingungen so auszugestalten, dass alle Menschen selbstbestimmt und ohne Einschränkungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben können. Nur so entsteht eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt an dieser teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter oder (auch der sozialen) Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen.

Nur leider geschieht in diesem Bereich immer noch zu wenig und alles viel zu

langsam. Sondersysteme im Bereich der Bildung, Ausbildung und im Beruf sind teuer und ineffizient, dienen nicht der Inklusion und widersprechen der UN-BRK. Sondersysteme müssen deshalb konsequent aufgelöst werden.

### Schulen brauchen mehr Ressourcen

Gleichberechtigte Teilhabe fängt bereits bei der inklusiven Bildung in den Kitas an, denn diese ist der Grundstein für einen guten Start in ein selbstbestimmtes Leben.

Die Entscheidung, die Förderschulen in Niedersachsen aufzulösen, war der richtige Schritt, denn Sonderstrukturen stehen dem Recht auf inklusive Bildung entgegen. Nur durch einen konsequenten Ausstieg aus dem Förderschulsystem und der Bündelung aller Kräfte kann Inklusion im Bildungsbereich angesichts des eklatanten Fachkräftemangels gelingen.

Es ist klar, dass sich dazu auch die bestehenden Regelschulen ändern und weiterentwickeln müssen. Daher muss nun dringend Sorge dafür getragen werden, dass den Schulen die notwendigen Mittel und das Personal zur Verfügung gestellt werden, um die Inklusion für alle Schüler\*innen bedarfsgerecht umzusetzen. Schule muss den Schüler\*innen angepasst werden. Denn alle Kinder haben ein Recht auf kleine und vielfältige Klassen mit engagierten Lehrer\*innen und multiprofessionellen Teams und auf eine bessere und individuelle Förderung und Bildung. Das gilt es nun endlich umzusetzen.

Auch im Übergang von der Schule in die Ausbildung und den Arbeitsmarkt beste-

hen zu viele Exklusionsrisiken für junge Menschen mit Behinderung. Hier haben sich Sonderstrukturen (wie z. B. die WfbM) verfestigt. Diese müssen aufgelöst und in Regelangebote der beruflichen Bildung und des Arbeitsmarktes überführt werden. Bestehende Angebote wie das Budget für Ausbildung sind in der Fläche noch zu unbekannt und müssen stärker gefördert werden.

Für die Umsetzung inklusiver berufsbildender Prozesse sind inklusive Elemente teilweise schon Bestandteil der Beratung, Begleitung und Qualifizierung. Sie werden aber häufig von den Akteur\*innen nicht konsequent mitgedacht und umgesetzt.

### Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber\*innen müssen sensibilisiert, besser informiert und unterstützt werden.

Nicht nur Menschen mit Behinderung, auch Frauen, junge Berufstätige, Personen ohne Bildungs- oder Berufsabschluss und Migrant\*innen benötigen eine aktivierende und aufsuchende Beratung und umfassende Unterstützung bezogen auf alle Phasen des Übergangs von der schulischen Berufsorientierung, über Ausbildung und Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zur Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Werkstätten für Menschen mit Behinderung müssen endlich ihrem Hauptauftrag, Werkstattbeschäftigte langfristig in Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu bringen, nachkommen.

### Barrierefreiheit ist Voraussetzung

Allerdings gelingt Inklusion nicht ohne Barrierefreiheit. Teilhabe am kulturellen und politischen Leben, in der Freizeit, beim Wohnen, der Digitalisierung, in der Verwaltung und im Bereich der Mobilität setzt umfassende Barrierefreiheit voraus.

Wir müssen endlich eine gleichberechtigte und inklusive Gesellschaft realisieren, in der Vielfalt als Gewinn für alle wertgeschätzt wird und in der alle Bürger\*innen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben.

### Diese Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden:

- Parität in allen Parlamenten, Gremien, Beiräten, in Führungspositionen in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Dienst
- Fraktionsübergreifende Initiativen für Parität in den Parlamenten
- Schaffung eines verfassungskonformen Paritätsgesetzes
- Inklusion und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen konsequent umsetzen
- Stärkung und inklusive Gestaltung von Kitas und Schulen durch multiprofessionelle Teams und durch flächendeckende schulische Assistenz
- Investitionen in die Qualität inklusiver Bildungsangebote
- Einführung eines Teilhabegeldes für alle Menschen mit Behinderung
- Sicherstellung der Teilhabe mobil eingeschränkter Menschen in öffentlichen Verkehrsbereichen (barrierefreie Wegeketten)
- Echte Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt



**MEHR UNTERSTÜTZUNG**

# Pflege gehört in den Mittelpunkt



Die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege ist eigentlich eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge, doch sie wird zurzeit oftmals eher als ein individuell zu lösendes, schicksalhaftes Privatproblem gesehen.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt bereits seit Jahren, wird aber in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aufgrund des demografischen Wandels im Vergleich zu heute noch weiter erheblich anwachsen. Zugleich gibt es viel zu wenig Fachkräfte, um eine professionelle und qualitativ hochwertige Versorgung zu garantieren. Die implizite Annahme, dass der Pflegebedarf innerhalb der Familie schon irgendwie laienhaft aufgefangen wird – meist auf Kosten von Frauen – und pflegefachliche Leistungen daher nicht vorgehalten werden müssen, ist an sich schon bemerkenswert naiv. Sie wird aber angesichts der strukturellen Verschiebungen zunehmend noch brüchiger.

**Heimkosten kaum noch bezahlbar**

Das gesamte System ist bereits jetzt unterfinanziert. Pflegebedarf führt sehr häufig zu Verarmung der Betroffenen und ihrer Familien. Das gilt umso mehr, wenn

eine stationäre Unterbringung notwendig wird. Bereits jetzt können über 30 Prozent der Heimbewohner\*innen nur noch mit Sozialhilfeleistungen die Unterbringung finanzieren.

**Über 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden im häuslichen Umfeld gepflegt. Pflegenden Angehörigen – meist Frauen – stemmen die Hauptlast in der Versorgung und finden oft nicht ausreichend Unterstützung.**

Viele von ihnen nehmen körperliche und psychische Belastungen sowie berufliche und finanzielle Einschränkungen bei Einkommen und Renten auf sich, um die Pflege zu Hause zu ermöglichen. Ein Pflegesystem, das die weiblichen Lasten eingepreist hat und diese weder gesellschaftlich noch finanziell wertschätzt, ist nicht fair.

**Junge Betroffene nicht vergessen**

Für jüngere Pflegebedürftige gibt es kaum zugeschnittene und altersgerechte Angebote und die Bedarfe finden keinen Niederschlag in den Abrechnungsmodalitäten. Auch für ältere Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund fehlen Ange-



bote. Nur durch eine personenzentrierte Pflege ist eine zielgruppengerechte Pflege möglich. Dem Wunsch vieler Menschen, so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung leben zu wollen, muss dringend Rechnung getragen werden.

Menschen mit Pflegebedarf müssen frei wählen und entscheiden können, wo und mit wem sie leben wollen. Dafür ist aber ein vielfältiges Angebot an ambulanten und stationären Leistungen Voraussetzung, damit pflegebedürftige Menschen von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen können und die passende Unterstützung finden. Dafür sind dringend die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Pflege muss so finanziert werden, dass sie für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen kein Armutsrisiko darstellt. Die Belastung

durch ständig steigende Eigenanteile muss gestoppt werden.

### Eine solidarische Bürgerversicherung, die die Kosten der Pflege vollständig abdeckt, ist notwendig.

Als Sofortmaßnahme muss ein umfassender Solidarausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung sowie ein dynamisch ausgestalteter Bundeszuschuss geschaffen werden. Weiterhin muss sich das Land an der Finanzierung der Investitionskosten auch im stationären Bereich beteiligen, denn diese Kosten machen bereits über 20 Prozent der Heimkosten aus.

### Mehr Angebote zulassen

Die Versorgung mit ausreichenden ambulanten Pflegeangeboten ist in Niedersachsen nicht mehr in allen Bereichen sichergestellt. Daher müssen alle Akteur\*innen dafür Sorge tragen, dass ein ausreichendes Angebot an ambulanter und stationärer Pflege bereitgehalten wird – auch im ländlichen Raum. Viele Pflegebedürftige nehmen den ihnen zustehenden Entlastungsbetrag nicht in Anspruch, weil es an entsprechenden Angeboten fehlt.

Daher sind die Voraussetzungen zur Anerkennung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag mit dem Ziel zu überprüfen,

mehr Angebote zuzulassen und die derzeitigen Anerkennungsvoraussetzungen für die ehrenamtlichen Nachbarschaftshelfer\*innen niedriger anzusetzen.

### Land und Kommunen sind in der Pflicht

Es ist endlich Zeit für eine grundlegende Strukturreform der Pflege auf allen Ebenen. Alle politischen und gesellschaftlichen Akteur\*innen müssen zusammenarbeiten, damit das System nicht völlig kollabiert – hier ist nicht nur der Bund gefragt; auch das Land und die Kommunen sind in der Verantwortung.

### Diese Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden:

- Stärkere Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger und nahestehender Personen durch niedrigschwellige und zielgruppengerechte Angebote der Gesundheitsförderung, Prävention, Rehabilitation und Entlastungsbeträgen
- Ausweitung von aufsuchenden und aktivierenden Angeboten
- Zielgruppen- und geschlechtergerechter sowie kultursensibler Ausbau ambulanter und stationärer Angebote zur Versorgung Pflegebedürftiger
- Bedarfsgerechte Unterstützung pflegender Kinder und Jugendliche („Young Carers“)
- Übernahme der Investitionskosten im Pflegeheim durch das Land
- Ausgestaltung der Pflegezeit nach dem Modell der Elternzeit
- Grundsätzliche Reform der Pflegeversicherung mit Anerkennung und Verankerung der Pflegefachlichkeit im Gesundheitssystem
- Einführung einer Bürgerversicherung
- Erhöhung und jährliche Dynamisierung der Pflegeleistungen



OHNE GEHT ES NICHT

# Klimaschutz muss sozial gerecht sein



Der aktuelle Bericht des Weltklimarates zeigt sehr deutlich auf, dass der Klimawandel schneller voranschreitet und seine Folgen verheerender sind als von vielen gedacht.

Der Klimawandel gefährdet bereits jetzt unsere Lebensgrundlagen und ist eine existenzielle Bedrohung kommender Generationen. Extremwetterlagen wie Überschwemmungen und Hitzewellen nehmen zu, Gletscher schmelzen ab, globale Kipp-Punkte stehen kurz bevor und der Verlust an Artenvielfalt und natürlichen Böden sowie der Anstieg des Meeresspiegels gefährden alle Menschen.

## Die nächsten Jahre sind entscheidend

Sofortiges Handeln ist daher auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, um jungen Menschen eine lebenswerte Zukunft zu bewahren. Die kommenden Jahre werden entscheidend sein im Kampf gegen den Klimawandel. Nur ehrgeizige Klimaschutzziele werden die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzen können. Neben dem engagierten Klima- und

Umweltschutz ist aber auch schon heute die Anerkennung und Anpassung an neue Umweltbedingungen unumgänglich.

## Die Anpassung an schädliche Klimafolgen betrifft insbesondere die Bereiche Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Mobilität.

Vor diesem Hintergrund ist eine erfolgreiche, sozial ausgestaltete Klima- und Energiewende ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche und politische Stabilität in unserem Land.

## Ärmere sind stärker betroffen

Dabei ist sowohl beim Klimaschutz als auch bei den Anpassungsmaßnahmen die soziale Gerechtigkeit zentral: Ärmere Menschen leiden direkter unter der Klimakrise als Wohlhabendere, da sie über weniger Ressourcen zur Anpassung verfügen und sozial benachteiligt sind. Zugleich trägt ihr Lebensstil und das Konsumverhalten häufig viel weniger zu nachteiligen Umwelteffekten bei. Studien haben gezeigt, dass Emissionen sozial sehr ungleich verteilt sind. Auch Einsparungen im CO<sub>2</sub>-Haushalt



des persönlichen Konsums wurden seit 1990 vor allem durch Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen geleistet. Die wohlhabendsten Einkommensgruppen haben ihren Verbrauch hingegen sogar gesteigert. Pauschale Verzichtsappelle sind daher unangebracht. Die Versuche, individuelles klimaschädliches Verhalten nur über den Preis zu steuern, sind verfehlt.

### Wirtschaft stärker in Haftung nehmen

Insgesamt muss die Klimapolitik daher bei den Hauptverursacher\*innen ansetzen. Dazu gehört vor allem der ökonomische Bereich, dessen Verantwortung bislang viel zu stark ausgeblendet wird.

Klimaschutz muss als staatliche Aufgabe verstanden werden, die nicht alleine auf den Schultern der Bürger\*innen lastet. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021 hat die Politik eindeutig zur Einhaltung verbindlicher Klimaschutzziele

verpflichtet, da der im Grundgesetz verankerte Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit auch den Schutz vor den Folgen des Klimawandels umfasst. Das Urteil verweist auch eindeutig auf die relevantesten Branchen, die in der Verantwortung stehen müssen: die Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr und Gebäudewirtschaft. Zusammen haben sie fast 90 Prozent aller CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2020 verursacht. Diese und andere klimaschädliche Betriebe müssen daher für die verursachten Schäden viel stärker als bisher in Haftung genommen werden.

### Mehr breite Bündnisse

Die Bilanz zeigt auch, dass entschiedene infrastrukturelle Großmaßnahmen nötig sind, um schnelle Fortschritte beim Klimaschutz zu erzielen. Der oder die Einzelne ist auch bei asketischer Lebensweise niemals in der Lage, in einer wirksamen Größenordnung Einsparungen zu erreichen. Klimapolitisch ist es daher zentral, die versorgungs- und energietechnischen

Grundlagen der Gesellschaft umzubauen, um die Gefährdungen, die uns alle betreffen, effektiv und schnell zu begrenzen. Um den Klimawandel als drohende Katastrophe einzudämmen, braucht es breite gesellschaftliche Bündnisse und eine staatliche Ordnungspolitik, die entsprechende Infrastrukturen als öffentliche Güter zur Verfügung stellt.

### Politik muss gerecht sein

Insgesamt müssen alle notwendigen Maßnahmen zwingend in der Breite sozial und fair gestaltet sein, damit alle Men-

schen den Wandel zur Klimaneutralität mittragen können. Der Angst vor dem sozialen Abstieg muss mit einer insgesamt gerechteren Politik begegnet werden, die verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnt.

**Nur durch den Zusammenhalt aller gesellschaftlichen Akteur\*innen ist der Kampf gegen den Klimawandel möglich.**

### Diese Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden:

- Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien wie Solar- und Windenergie
- Soziale Gerechtigkeit bei allen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung
- Große umweltschädliche Wirtschaftszweige viel stärker zur klimapolitischen und sozialen Verantwortung ziehen
- Staatliche Ordnungspolitik statt Individualisierung: Klimaschutz als staatliche Aufgabe des Gemeinwohls
- Entwicklung und zügige Umsetzung von Konzepten für die Klimafolgenanpassung, etwa bei der Prävention von Hitzeereignissen durch bauliche Anpassungen
- Ausbau des öffentlichen barrierefreien Personennahverkehrs sowohl in der Stadt als auch auf dem Land
- Nachhaltige Verkehrskonzepte für die Bedürfnisse aller Menschen
- Stärkung der gesunden und nachhaltigen Lebensqualität aller Menschen





## EINFACH UND TRANSPARENT

# Eine bessere Verwaltung für alle



Bürger\*innen müssen Leistungen und Angebote einfacher und schneller abrufen können. Dazu ist gerade im digitalen Zeitalter eine effizientere, transparente und bürgerfreundliche Verwaltung notwendig.

Das Onlinezugangsgesetz verpflichtete Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen digital anzubieten. Bürger\*innen sollten dadurch in der Lage sein, Anträge und Verwaltungsangelegenheiten unabhängig von Ort und Zeit schnell und effizient zu erledigen. Im Dezember 2022 standen Bürger\*innen und Unternehmen gerade mal 33 von 575 Verwaltungsleistungen flächendeckend und online zur Verfügung. Die notwendige Umsetzung erfolgt viel zu schleppend.

## Verwaltung vereinfachen

Bürgerorientiertes Verwaltungshandeln kommt aber nicht nur alleine durch den Einsatz digitaler Technologien zustande. Zudem ist trotz der zunehmenden Digitalisierung darauf zu achten, dass es Bürger\*innen gibt, die weiterhin auf öffentliche Dienstleistungen vor Ort angewiesen sind, weil ihnen die technischen Kenntnisse, Geräte und Möglichkeiten fehlen, um ihre Amtsgeschäfte online zu erledigen.

Daher müssen grundsätzlich starre Strukturen flexibilisiert, Prozesse verändert und neue Kompetenzen in den Verwaltungen aufgebaut werden. Das bedeutet auch, dass die Belastung durch bestehendes Recht für alle Akteur\*innen zu reduzieren ist. Vorschriften müssen abgebaut und Verwaltungsverfahren vereinfacht werden.

Ziel bei der Schaffung von rechtlichen Normen und Anordnungen ist es, keine unnötigen bürokratischen Belastungen entstehen zu lassen. Die Verwaltung muss einfach, verständlich und zielgruppenorientiert handeln.

## In der Kommunikation zu den Bürger\*innen muss eine einfache und verständliche Behördensprache umgesetzt werden.

Das beinhaltet auch Informationen, Anträge und Bescheide. Von einer vereinfachten Behördensprache profitieren alle: Menschen mit Lernschwierigkeiten, Sprachschwierigkeiten oder kognitiven Einschränkungen (z. B. nach einem Schlaganfall), funktionale Analphabeten oder auch Menschen mit Deutsch als Zweit- oder Drittsprache.

### Diese Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden:

- Bürgerorientierte Verwaltung durch effizienteres und transparenteres Handeln
- Dienste und Leistungen der Behörden barrierefrei sowohl digital als auch flächendeckend vor Ort anbieten
- Einfache und verständliche Behördensprache in der Kommunikation mit Bürger\*innen umsetzen



JETZT POLITISCH ANPACKEN

# Es ist Zeit, zu handeln



Der deutsche Sozialstaat steht vor enormen Herausforderungen, und wir als größter Sozialverband legen den Finger in die Wunde, machen politischen Druck und arbeiten konstruktiv an Lösungen, um eine sozial gerechtere Zukunft zu gestalten und Solidarität in die Tat umzusetzen.

Schaut man sich die SoVD-Forderungen an, wird sehr deutlich: Der deutsche Sozialstaat steht vor enormen Herausforderungen. Die Zeit, sich über die Probleme nur zu beklagen und sie aufzuschieben, ist damit vorbei.

Bei den Themen Pflege, Rente, Armut etc. können wir nicht länger warten - ansonsten werden diejenigen, die unsere Hilfe gerade am dringendsten benötigen, noch weiter abgehängt.

Deshalb ist es an uns als größter Sozialverband, den Finger immer wieder in die Wunde zu legen, der Politik Druck zu machen - aber auch konstruktiv an Lösun-

gen zu arbeiten. Dies tun wir mit unseren Maßnahmen zur Rettung des Sozialstaats.

**Wir als größter Sozialverband in Niedersachsen haben das Wissen, die Kraft und den Rückhalt unserer Mitglieder, um wirklich etwas zu bewegen.**

Nur so wird es für alle sozial gerechter. Solidarität darf nicht nur eine leere Worthülse sein - dafür engagieren wir uns auch in Zukunft.

**Sozialverband Deutschland**

Landesverband Niedersachsen e. V.

Herschelstraße 31  
30159 Hannover

Tel. 0511 70148-0  
info@sovd-nds.de

**[www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de)**